

Zu einem Referendum

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **18 (1952)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-363443>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Bundesbeschluss über den Einbau von Schutzräumen in bestehenden Häusern weist sicherlich den richtigen Weg, wenn er in möglichst jedem Haus den Einbau eines nahtreffsicheren Schutzraumes vorsieht. Die Formulierung gestattet, ihn ebenso elastisch anzuwenden, wie den vor einem Jahr in Kraft getretenen

Bundesbeschluss über den Bau von Schutzräumen in Neubauten. Ob der Schutzraum im Keller oder, wenn keiner vorhanden, im Parterre oder im Garten gebaut wird, ist Nebensache. Wichtig ist, dass für möglichst viele Menschen Schutz geschaffen wird.

Schutzraum und Mietzins

Die Sozialdemokratische Partei hat dem Prinzip zugestimmt, durch den Einbau von Schutzräumen in die Häuser unserer Städte und Dörfer die Bevölkerung so gut als möglich gegen die Tod und Verderben säenden Luftangriffe zu schützen. Sie hat aber trotzdem gegen den Bundesbeschluss über den Einbau von Schutzräumen in bestehenden Häusern das Referendum ergriffen. Zu dieser Stellungnahme mögen zwei Gründe geführt haben, und zwar erstens das Parteiprinzip, die Verantwortung des Zentralstaates zu stärken, zweitens aber auch die grundsätzliche Einstellung gegen jegliche weitere Mietzinserhöhung.

Niemand wird der Sozialdemokratischen Partei das Recht absprechen, zu ihren Parteiprinzipien zu stehen. Die Frage ist nur die, ob mit dem sturen Festhalten nicht andere Grundsätze verletzt werden, die zu beachten jedes Menschen Pflicht ist.

Eines der Hauptziele der sozialdemokratischen Politik besteht darin, den Wohlstand der einfachen Arbeiterfamilie zu heben. Sie hat darin grosse Erfolge erzielt. Was nützen aber solche Fortschritte, wenn überhaupt das Fortbestehen der Familie gefährdet wird. Wenn für bessere Löhne, für kleine Mieten gekämpft, der Schutz von Frauen und Kindern aber verunmög-

licht wird. Sicherlich sind sich die Gegner der schweren Folgen nicht bewusst, die ihr Vorgehen nach sich ziehen könnte.

Der Bau von Schutzräumen soll Sache des einzelnen und der Gemeinde sein. Der Bund soll dafür sorgen, dass dieser gut ausgeführt wird, aber er braucht sich hier wirklich nicht ins Detail zu mischen. Wir wollen doch nicht vom Generalstab verlangen, dass er seine Nase in jeden Keller steckt. Wir wollen eine Armee, die kämpft. Humanitäre Aufgaben hat der Zivilist zu lösen, auch wenn er selbst etwas bezahlen muss.

Die vorübergehende Belastung eines Mieters mit $4\frac{1}{2}$ Prozent des Mietzinses ist sicherlich eine unangenehme Sache. Aber das bezahlt er ja nur, wenn er einen Schutzraum für Frau und Kinder und vielleicht auch für sich hat. Vorher nicht; und nach einer gewissen Zeit auch nicht mehr. Wohnt er in einer billigen Wohnung, dann kostet ihn das 45 Fr. bis 60 Fr. im Jahr oder 4 Fr. bis 5 Fr. im Monat, pro Kopf etwa den Preis von 20 Zigaretten. Das sollte das Leben von Frau und Kind noch wert sein. Wenn dann, was ein Mensch hoffen wird, kein Krieg kommt, dann möge er Gott danken, froh sein und nicht jammern, dass er «für nichts» am Schutzraum beisteuerte.

Zu einem Referendum

Es gilt die Zusammenhänge zu erkennen, wenn man die *Berechtigung oder Nutzlosigkeit* einer Massnahme beurteilen will. Dies besonders dann, wenn die Absicht besteht, sie angeblich im Dienste des Volkes zu bekämpfen. Leider pflegen die in solchen Fällen aus den verschiedensten Kreisen sich zusammenfindenden Opponenten oft nicht den nötigen Ernst dafür aufzubringen, eine umstrittene Sache zuerst objektiv zu würdigen. Dieser Vorwurf kann jedenfalls den Kommunisten nicht erspart werden, welche den Referendumskampf gegen die Schutzraum-Vorlage einleiteten. Ihre tiefsten Beweggründe sind allzu durchsichtig, enthüllten sie doch schon zu jeder Zeit — und neuerdings in der Frage der Rüstungsfinanzierung — ihre Verneinung der Landesverteidigung, mindestens soweit es sich um die schweizerische handelt.

Wie sehr das Problem des Schutzes der Zivilbevölkerung im Kriegsfall schon in Friedenszeiten mit wichtigen Interessen des einzelnen besonders zusammenhängt, das zeigen gerade die Auswirkungen des Bundesbeschlusses über den *Einbau von Luftschutzräumen in bestehenden Häusern*. Denn typischerweise kommt der Steuerzahler hier zunächst mit den finanziellen Auswirkungen eines behördlicherseits sicher gut gemeinten Vorschlages in Berührung. Das muss naturgemäss immer eine gewisse Abneigung erwecken, die sich leicht zur ablehnenden Voreingenommenheit steigern kann. Derart können sich Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der Kostenanteile zwischen Hausbesitzern und Mietern einerseits, über die Beteiligung des einzelnen an der Aufbringung der staatlichen Beiträge andererseits sowie hinsichtlich einer gewissen Verteuerung des Woh-

nens überhaupt derart kumulieren, dass sie bald zur Bekämpfung des Projektes um jeden Preis führen.

In solchen Folgerungen steckt aber *ein grosser Trugschluss*. Wie leicht vergisst man doch ob dieser vorübergehenden finanziellen Belastung, dass davon die Rettung des eigenen Lebens und Eigentums abhängen kann! Wo es aber derart um das Letzte geht, sollten tragbare Geldopfer willig gebracht werden, weil sie darob verblassen müssen. Diese Ueberlegungen stützen sich keineswegs auf unbegründbare Behauptungen, sondern auf Tatsachen, die sich aus furchtbaren Kriegserfahrungen ergeben. Für zahlreiche Menschen, welche an ihren Wohn- und Arbeitsstätten durch Luftangriffe getötet wurden, war eine Rettung unmöglich, weil sie nicht rechtzeitig für Schutzräume vorgesorgt hatten. Wegen solcher Vernachlässigungen ging das Wirtschaftsleben ganzer Städte zugrunde, was sich entsprechend katastrophal auf den Nachschub und die Moral der gegen den Feind kämpfenden Truppen auswirken musste. Andererseits verdanken tausende und abertausende von Frauen, Kin-

dern und Greisen ihr Ueberleben dem Vorhandensein von vielfach nur behelfsmässig eingerichteten Schutzräumen. Die Tatsache, dass in den vom Luftkrieg betroffenen Städten die Zahl der zerstörten Wohnungen bedeutend grösser war als die Opfer an Menschenleben beweist einmal mehr den Wert solcher Schutzmassnahmen.

Man denke nur daran, wie *segensreich eine rechtzeitige Vorsorge* im Notfall sein kann. Wenn nämlich einmal die Bomben fallen sollten, ist es zu spät, um zu klagen und nach Schuldigen zu suchen. Es nützt denn auch nichts, des Ausspruchs eines Parlamentariers zu gedenken, dass man die verantwortlichen Behördemitglieder füsiliert hätte, wenn sie im letzten Krieg nicht rechtzeitig für einen grösstmöglichen Schutz der Bevölkerung vorgesorgt hätten. Denn tatsächlich liegt es in erster Linie an der Einsicht und am Selbsterhaltungstrieb jedes einzelnen Menschen, so vorzusorgen, dass man in Zeiten hereinbrechenden Unheils nicht schutzlos der erbarmungslosen Gewalt gegenübersteht. a.

Gefährliche Aussichten

Mit den vielen Friedensworten, welche über den Erdball wirbeln, geht leider eine grosse Kriegsrüstung einher, die keine guten Zeiten verheisst. Weltpolitisch betrachtet, besteht zwar immerhin das beachtenswerte Novum, dass die Vertreter der Grossmächte an Konferenzen noch miteinander reden, trotzdem ihre Soldaten weit entfernt davon in offenem Kampf stehen. Sowohl Regierungen und Völker als auch der einzelne Mensch suchen sich eben gegen noch grösseres Unheil zu schützen, so gut es geht.

Dass die Schweiz diese Entwicklung zwangsläufig ein Stück weit mitmachen muss, wenn sie ihre Freiheit und Selbständigkeit bewahren will, erscheint jedem einsichtigen Bürger klar. Eigentlich sind es nur die Kommunisten, welche unter den stärksten Tönen ihrer Friedensschalmeien nicht nur die Kredite für die Landesverteidigung bis zur Wirkungslosigkeit beschneiden möchten, sondern sogar die Durchsetzung einer allgemeinen Abrüstung fordern. Auf diese Art weigerten sich ihre verbliebenen Parlamentarier sogar, auf die neue Schutzraum-Vorlage des Bundesrates einzutreten.

Die Begründung, welche dazu gegeben wird, ist recht aufschlussreich: man wendet sich kommunistischerseits sowohl gegen die finanzielle Belastung der Mieter, als auch — man höre und staune! — gegen eine solche

der Hausbesitzer. Dass bei dieser Parole der notorisch antikapitalistischen Partei etwas nicht stimmen kann, leuchtet sofort ein. Die Erklärung folgt jedoch auf dem Fusse, wenn man vernimmt, dass die PdA die Schutzraumkosten angeblich vollständig den Militärkrediten aufbürden will, die sie aber gleichzeitig — hemmungslos ablehnt!

Wenn ein solches Vorgehen überhaupt noch als Politik betrachtet werden könnte, so wäre es eine solche, welche zwar tatsächlich weder Bürger noch Staat etwas kostet, dafür aber auch niemand etwas nützt. Im Gegenteil: solches Nichtstun gegenüber drohender Gefahr ist etwas vom Unheilvollsten, dem man ein Volk aussetzen kann. Denn die gleichen PdA-Kommunisten stellten in ihrem Blättlein bedenkenlos fest, dass die Sowjetunion noch 2,5 Millionen Mann unter den Waffen hat und über ein Fünftel ihrer Staatsausgaben für die Landesverteidigung bestimmt sind.

Solche Leute können es mit unserem Volke unmöglich recht meinen. Jedenfalls darf ihren Einflüsterungen kein Glaube geschenkt werden. Man wird deshalb zum eigenen Vorteil und im Vertrauen auf die verantwortungsbewussten Volksvertreter der von ihnen vorgeschlagenen Schutzraum-Vorlage am 5. Oktober zustimmen. a.

Wir stimmen alle JA! der Schutzraum-Vorlage
